

Das Problem mit der Hassrede

Jeremy Waldron, Oxford-Professor für Sozial- und Politiktheorie, argumentiert für Gesetze gegen Hassrede.



Gegen unser fünftes Prinzip kann eigentlich niemand etwas einwenden. Doch Timothy Garton Ash geht in seiner Erläuterung des Prinzips über dessen eigentlichen Text hinaus. Wenn man fordert, "offen zu sprechen", bedeutet dies dann wirklich, dass es keinerlei rechtliche Einschränkungen geben soll - auch nicht in Extremfällen? Uns stellt sich die Frage, was Hassrede ist und ob es Fälle gibt, in denen gesetzliche Verbote gerechtfertigt sind.

Was mich an Timothy's Erklärung am meisten überrascht, ist, dass er von jeglicher Betrachtung des Schadens, den Hassrede anrichten kann, absieht. Wenn ein Flugblatt oder Poster jemanden wegen dessen Hautfarbe, sexueller Orientierung, Religion oder ethnischen Herkunft attackiert, so lautet die Botschaft an das Opfer:

„Denk bloß nicht, Du seist hier willkommen. Die Gesellschaft in der Du lebst erscheint vielleicht auf den ersten Blick freundlich und offen für jemanden wie Dich. Doch in Wirklichkeit bist du unerwünscht, und Du und Deine Familie werden verstoßen, ausgegrenzt, geschlagen und davongejagt werden, sobald wir eine Gelegenheit dazu bekommen. Im Moment halten wir uns

Debatte zur Meinungsfreiheit

Thirteen languages. Ten principles. One conversation.

<https://freespeechdebate.com/de>

noch bedeckt. Aber mach es Dir nur ja nicht zu bequem. Denk einfach daran, wie es Leuten wie Dir früher erging. Du solltest dich fürchten.“

Diese Botschaft wird öffentlich und ohne Gnade erteilt. Jene, die vom Hass erfüllt sind, werden alles daran setzen, solche Botschaften zum allgegenwärtigen Bestandteil unserer Gesellschaft zu machen. Daher müssen alle Mitglieder ausgegrenzter Gruppen ihr Leben im Angesicht solchen Hasses leben, ihre Kinder im Schatten der Gewalt erziehen und ihre Jobs in dem Wissen auszuüben, dass jederzeit Gefahr droht.

Doch das ist noch nicht einmal alles. Denn das Ziel der Hassprediger ist es auch, die Mitglieder dieser Gruppen zu *diffamieren*. Sie versuchen mit allen Mitteln, den Ruf von Juden oder Muslimen, Schwarzen oder Türken, Schwulen oder Armen zu schädigen, damit diesen es immer schwerer fällt, sich normal in der Gesellschaft zu bewegen.

So wie ich Timothy verstehe, denkt er, dass der Staat an diesen Vorgängen und an dem Schaden, der diesen Gruppen zugefügt wird, keinerlei Anteil haben sollte. Dies zeigt sich meiner Meinung nach dadurch, dass er diesen Konsequenzen von Hassrede keinerlei Beachtung schenkt und sogar argumentiert, dass alle die dies tun, Feinde der Meinungsfreiheit seien.

Man kann vielleicht argumentieren, dass Gesetze in solchen Fällen problematisch und kontraproduktiv sind. Darüber muss man auf jeden Fall sprechen. (Um ehrlich zu sein, halte ich nichts von dem weit hergeholtten Argument des trügerischen Pfads – engl. ‚slippery slope‘ – das er bemüht, doch ich gebe zu, dass solche Gesetze ernstzunehmende Probleme aufwerfen.) Doch man kann Diskussionen zu Meinungsfreiheit und Hassrede nicht ernst nehmen, wenn sie sich nicht ernsthaft damit befassen, welchen Schaden die Hassrede anrichten kann.

Ich fände es deshalb sehr wichtig, wenn sich die Debatte um Prinzip 4 mit diesem Thema befassen würde, und zwar ernsthaft und nicht in ein oder zwei dahingeworfenen Sätzen. Zudem muss ein echter Versuch unternommen werden, das Argument zu verteidigen, auf dem Timothys Position implizit aufbaut: dass die Hassrede weniger Schaden anrichtet, als Gesetze gegen sie erzeugen könnten.

Nur wenn wir verstehen, welchen Schaden die Hassrede anrichten kann, können wir wirklich die Argumente abwägen, die für und gegen gesetzliche Verbote sprechen. Wo solche Gesetze existieren, ist ihr Ziel die Wahrung des öffentlichen Friedens, der Würde aller Menschen und ihrer Teilhabe am bürgerlichen Leben. Vor allem in Gesellschaften, die auf eine lange Geschichte von Gewalt und Ungerechtigkeit zurückblicken, oder in denen Menschen verschiedener Religionen oder ethnischer Gruppen zusammenleben, kann man nicht einfach davon ausgehen, dass die Würde aller Menschen auch in Zukunft immer geschützt sein wird. Es wird immer Menschen geben, die Minderheiten stigmatisieren, unterdrücken, einschüchtern oder ausgrenzen wollen. Die sogenannte Hassrede ist oft eine Waffe in ihrem Arsenal. In Würde und Diffamierung: Die Sichtbarkeit des Hasses (der Holmes-Vorlesung 2009 an der Harvard-Universität) [argumentierte](#),

Debatte zur Meinungsfreiheit

Thirteen languages. Ten principles. One conversation.

<https://freespeechdebate.com/de>

ist das Ziel von Gesetzen gegen die Hassrede, dass zum Schutz aller Menschen sichergestellt wird, dass die Würde jedes Menschen gegen solche Angriffe verteidigt wird.

Gesetze gegen Hassrede sind wie Umweltschutzgesetze. Sie schützen das, was uns am wichtigsten ist, gegen unmittelbar und langfristig wirkende Gifte, die extrem gefährlich sind. Natürlich hoffen wir, dass gute Bürger der Hassrede anderer mit Worten begegnen. Doch manchmal sind eben Gesetze gefordert, denn es ist nicht selbstverständlich, dass Worte die beste Antwort auf Hassrede sind. Wer so denkt, ist bestenfalls abergläubig.

Natürlich müssen die Verfasser solcher Gesetze vorsichtig sein. Zum Beispiel müssen sie unterscheiden, ob es sich um Angriffe auf die Würde und den Ruf einer Person handelt oder um Angriffe auf bestimmte Meinungen oder Glaubensinhalte. Erstere sind das Problem, das solche Gesetze lösen sollen. Letztere nicht. Die Gesetze müssen auch klarstellen, wie man gegen das Verhalten bestimmter Gruppen oder Personen, die nicht gegen das Gesetz verstoßen, auf akzeptable Art und Weise vorgehen kann. Gute Gesetze gegen Hassrede erfüllen diese Bedingungen. Ihr Ziel ist es, mit der Macht des Gesetzes nur gegen jene vorzugehen, die es unmittelbar und vorsätzlich auf die Schädigung der Würde unserer Mitbürger abgesehen haben.

Dieser Artikel wurde auch von [Eurozine](#) veröffentlicht.

Veröffentlicht am März 20, 2012